

ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, politischen und gewerkschaftlichen Betätigung oder Einstellung oder wegen ihres Geschlechts unterbleibt.“

Außerordentlich umfangreich sind die Rechte des Personalrates. Es ist deshalb dringend geboten, das Gesetz noch vor der Sommerpause in 2. Lesung behandeln und vor allem zu publizieren. Hier ist eine dringende Aufgabe für die Medien in Sicht. Warum § 78 Abs. 1 Nr. 3 nicht gelten soll - es betrifft die Mitwirkung des Personalrates bei Disziplinarverfahren -, muß in den Ausschüssen noch einmal gründlich geprüft werden.

Meine Partei begrüßt es, daß mit diesem Gesetz in den §§ 95 bis 106 schon jetzt Regelungen für die noch zu bildenden Länder erlassen werden. Damit wird eine gesetzliche Regelung für einen noch entstehenden Handlungsbedarf geschaffen. Warum aber der Gesetzgeber in § 105 als Überschrift Pflichten von Dienststellen und Personalvertretungen gewählt hat und nicht wie im BRD-Gesetz Diskriminierungsverbot gewählt hat, ist mir unverständlich. Ich zitiere zum besseren Verständnis aus diesem Paragraphen den Passus:

„Insbesondere darf kein Beschäftigter wegen seiner Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder Einstellung, wegen seines Geschlechts oder wegen persönlicher Beziehung bevorzugt oder benachteiligt werden.“

Ich persönlich hoffe, daß mit diesem Gesetz die Diskriminierung gerade politisch Andersdenkender gesetzlich unterbunden wird. Meine Partei stimmt der Überweisung in die Ausschüsse, wie vom Präsidium vorgeschlagen, zu. Danke schön.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön, Dr. Kröger. Die Aussprache ist damit beendet. Wir kommen zur Abstimmung. Das Präsidium schlägt vor, den Gesetzentwurf des Ministerrates, Drucksache Nr. 140, zu überweisen zur federführenden Beratung an den Innenausschuß und zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Soziales. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das ist die Mehrheit.

Außerdem liegt dem Präsidium der Antrag der CDU/DA vor, die Drucksache Nr. 140 gleichfalls an den Ausschuß für Gesundheitswesen zu überweisen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich gleichfalls um das Handzeichen. - Danke schön. Auch das ist die Mehrheit. Damit ist die Überweisung so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir nehmen jetzt in der Tagesordnung eine kleine Umstellung vor, und ich ziehe den Tagesordnungspunkt 17 vor.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Antrag der Fraktion der SPD Erklärung der Volkskammer der DDR zur Situation in Albanien (Drucksache Nr. 145).

Ich bitte den Vertreter der Fraktion der SPD, Abgeordneten Eberhard Brecht, den Entwurf der Erklärung vorzutragen.

Dr. Brecht für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle haben über die Medien die Tragödie in den Botschaften Albaniens mitverfolgt, und wir konnten heute früh zur Kenntnis nehmen, daß diese Tragödie erstmal ein vorläufiges Ende gefunden hat. Damit ist ein Symptom kuriert worden, aber nicht die Krankheit selbst. Albanien ist nach wie vor von der europäischen Entwicklung abgekoppelt. Die vom Parteivorsitzenden Ramiz Alia angekündigte Demokratisierung ist für die Bürger Albaniens nicht erfahrbar. Und die Geheimpolizei Sigurimi ist noch immer allmächtig.

Daher möchte die SPD mit Unterstützung der Fraktionen anderer Parteien in diesem Hause die folgende Erklärung abgeben, die dem albanischen Parlament übermittelt werden soll, soweit sie hier mehrheitsfähig ist. Ich bitte Sie, zu beachten, daß gegenüber dem ursprünglichen Text, wiedergegeben in

Drucksache Nr. 145, einige wenige Änderungen erfolgt sind. Ich bitte darum, daß Sie, wenn ich die Erklärung jetzt verlese, dies gleich mit korrigieren.

„Erklärung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Situation in Albanien

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nimmt mit Erleichterung zur Kenntnis, daß die katastrophale Situation in den Botschaften einiger Staaten in Tirana nun beendet werden kann.

Vor einem Jahr sah sich die damalige Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit einer ähnlich kritischen Situation konfrontiert. In unserem Fall hat sich herausgestellt, daß die Lösung des Problems der Botschaftsbesetzungen durch Flüchtlinge des eigenen Landes dauerhaft nur durch eine radikal veränderte Innenpolitik möglich ist. In diesem Sinne ermutigen wir die albanische Volksversammlung, sich für eine friedliche Lösung der Probleme ihres Landes einzusetzen und Albanien aktiv in den KSZE-Prozeß einzubeziehen.“

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön. - Meine Damen und Herren! Wünscht zu dieser Erklärung noch jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Wer der Erklärung der Volkskammer zur Situation in Albanien seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe bitte. - Stimmenthaltungen? - Bei neun Stimmenthaltungen ohne Gegenstimme ist die Erklärung zur Situation in Albanien angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen mitteilen, wir treten jetzt in eine Pause ein und setzen die Tagung gegen 17.00 Uhr fort. Die Fraktionen bitte ich, sich in den Fraktionsräumen einzufinden.

(Unterbrechung der Sitzung)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die 24. Tagung wird fortgesetzt. Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 11:

Antrag des Ministerrates Gesetz über die Erhebung der Abschöpfungen (Abschöpfungserhebungsgesetz) (1. Lesung) (Drucksache Nr. 133)

Das Wort zur Begründung hat der Staatssekretär Maaßen. Bitte schön, Herr Staatssekretär Maaßen.

Maaßen, Staatssekretär im Ministerium für Finanzen:

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion verpflichtet die Deutsche Demokratische Republik, auf dem Gebiet der Agrar- und Ernährungswirtschaft ein Preisstützungs- und Außenschutzsystem zu schaffen. Das erfolgt unter Beachtung der EG-Markordnung mit dem Ziel, daß sich die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland angleichen.

Dazu hat die Volkskammer vor wenigen Tagen bereits das Marktordnungsgesetz der DDR verabschiedet. In diesen Bereich der Marktordnungsregelungen gehört weiter das Ihnen zur Beratung vorliegende Abschöpfungserhebungsgesetz. Es dient der Durchsetzung des Marktordnungsgesetzes und somit ebenfalls dem Schutz des Agrarmarktes der DDR.

Mit den Abschöpfungen, die durch die Zollverwaltung bei der Einfuhr von land- und ernährungswirtschaftlichen Erzeugnissen erhoben werden, wird der Einfuhrpreis der Erzeugnisse den jeweiligen Preisen in der DDR angeglichen. Dadurch wird zugleich sichergestellt, daß die Preise auf dem Agrarmarkt der DDR gehalten werden können und Schwankungen der Welt-